ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wohlers, Eckhardt

Article — Published Version

Kernproblem Wachstumsschwäche

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (2005) : Kernproblem Wachstumsschwäche, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 85, Iss. 5, pp. 274-275, https://doi.org/10.1007/s10273-005-0371-1

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/42456

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

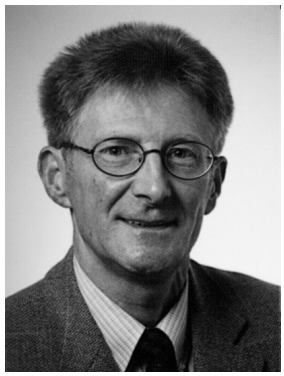
If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.1007/s10273-005-0371-1

Kernproblem Wachstumsschwäche



Eckhardt Wohlers

Im Gegensatz zur Weltwirtschaft stellt sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht allzu rosig dar. Trotz massiver Impulse aus dem Ausland ist die konjunkturelle Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2004 wieder ins Stocken geraten, und die deutsche Wirtschaft tut sich schwer, wieder Tritt zu fassen. Insofern kann es nicht verwundern, dass die sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Ende April vorgelegten Frühjahrsgutachten ihre Prognose für dieses Jahr deutlich zurückgeschraubt haben; sie rechnen nunmehr für 2005 lediglich mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,7%. Damit rangiert Deutschland weiterhin am unteren Ende in Europa. Für das Jahr 2006 erwarten die Institute zwar ein etwas stärkeres Wachstum von 1,5%, auch das wäre im europäischen Vergleich aber noch relativ wenig.

Schon seit einiger Zeit bietet Deutschland das Bild einer gespaltenen Konjunktur. Während der Export deutlich steigt, dümpelt die Binnennachfrage trotz expansiver Geldpolitik lediglich vor sich hin, und es hat den Anschein, dass Impulse von außen immer weniger auf die Binnenkonjunktur durchschlagen. Die unzureichende wirtschaftliche Dynamik hat auch Konsequenzen für den Arbeitsmarkt; dort hat sich die Situation konjunkturell bis zuletzt verschlechtert. Allerdings wird hier das Bild derzeit erheblich von den Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen verzerrt. So geht der kräftige Anstieg der Erwerbstätigenzahlen seit Anfang 2004 in erster Linie auf das Konto der gestiegenen Zahl von Minijobs und Ich-AGs; er spiegelt somit noch keine konjunkturelle Wende wider. Andererseits ist das Emporschnellen der Arbeitslosenzahlen in den ersten Monaten dieses Jahres auf über 5 Millionen kein Beleg für eine drastische Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Es ist im Wesentlichen Folge der Einbeziehung erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik nach dem Inkrafttreten von Hartz IV.

Zum Teil wird die lahmende Binnennachfrage für die anhaltend ungünstige Lage am Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht. „Schuld“ sei zum einen die moderate Lohnentwicklung der vergangenen Jahre, die maßgeblich zur Konsumschwäche beigetragen habe, und zum anderen der Staat, der unter dem Druck des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit falschem Sparen die Krise verschärft und verlängert habe. Deshalb müsse die Lohnpolitik ihren moderaten Kurs aufgeben und expansiver werden, und der Staat müsse ebenfalls eine expansivere Politik – auch unter Inkaufnahme höherer Defizite – verfolgen. Dies ist allerdings eine sehr einseitige Sicht. Zwar ist es richtig, dass ein enger Zusammenhang zwischen Binnennachfrage und Arbeitsmarkt besteht. Gegen eine bloße Nachfrageschwäche spricht aber schon, dass die von der boomenden Weltkonjunktur ausgehenden massiven Impulse – der Außenbeitrag erhöhte sich 2004 real um rund 23 Mrd. Euro, das entspricht einem Wachstumsbeitrag von reichlich einem Prozentpunkt, – in Deutschland keinen selbsttragenden Aufschwung auszulösen vermochten. Das macht deutlich, dass die deutsche Wirtschaft nicht an einer Konjunkturschwäche leidet, sondern an einer fundamentalen Wachstumsschwäche. Die anhaltend ungünstige Lage am Arbeitsmarkt ist nicht Folge der flauen Binnenkonjunktur, sie spiegelt in erster Linie einen Mangel an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen wider. Die Konsumschwäche ist somit nicht Ursache sondern lediglich Ausdruck der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung.

Die Wachstumsschwäche ist allerdings kein Phänomen der letzten Jahre; bereits in den neunziger Jahren hatte sich der Wachstumstrend in Deutschland deutlich abgeflacht. Zwar ist Ähnliches in vielen anderen europäischen Ländern

zu beobachten. Die Abschwächung war in Deutschland aber ausgeprägter als etwa im übrigen Euroraum. Derzeit liegt nach den Berechnungen der Institute das trendmäßige Wachstum in Deutschland bei lediglich rund einem Prozent, im übrigen Euroraum ist es etwa doppelt so hoch. Bei einem so flachen Wachstumstrend kann es nicht überraschen, dass externe Schocks die Konjunktur in Deutschland empfindlich treffen und die Wirtschaft rasch an den Rand einer Stagnation oder gar Rezession bringen können. Und es ist auch nicht verwunderlich, dass Unternehmen wie private Haushalte angesichts gedrückter Wachstums- und damit auch Einkommensperspektiven zurückhaltend bei ihren Konsum- und Investitionsentscheidungen sind.

Um die Wachstumsschwäche zu überwinden, sind weitreichende Reformen notwendig, die einem schlüssigen Gesamtkonzept folgen müssen. Die Regierung hat zwar den Ernst der Lage erkannt und Maßnahmen ergriffen. So sollen mit der Agenda 2010 die Wachstumskräfte gestärkt werden. Mit der Gesundheitsreform und der Rentenreform ist der Versuch unternommen worden, den Anstieg der Lohnnebenkosten zu bremsen, und mit den Reformen am Arbeitsmarkt werden neue Prioritäten gesetzt; statt der Verwaltung der Arbeitslosigkeit soll nun die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt in den Vordergrund rücken. Die einzelnen Maßnahmen stehen aber nur zu oft isoliert nebeneinander und lassen kein geschlossenes Gesamtkonzept erkennen. Auch gehen viele der eingeleiteten Reformen nicht weit genug, so dass bereits wieder neue Maßnahmen diskutiert werden. Überdies blieben notwendige Schritte schon bald wieder stecken, weil Regierung und Opposition sich nicht über die Umsetzung einigen konnten. Paradebeispiel dafür ist der von allen Seiten für notwendig erachtete Subventionsabbau. Die von den Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück erarbeitete „Streichliste“ bietet einen guten Einstieg, doch bei der Umsetzung ist man bisher nur schleppend vorangekommen. Ähnliches gilt für die auf dem „Beschäftigungsgipfel“ beschlossene Unternehmenssteuerreform.

Auch wurde zu wenig beachtet, dass einzelne Maßnahmen durchaus unerwünschte „Nebenwirkungen“ haben können, die umso größer sind, wenn Reformen nur zaghaft angepackt werden und wichtige Bereiche ausgespart bleiben. Musterbeispiel dafür ist die Neuregelung der Minijobs. Diese bieten nunmehr ein hohes Maß an Flexibilität, nicht zuletzt bei der Arbeitszeit, und ermöglichen eine stärkere Lohndifferenzierung; die starke Subventionierung von Nebenjobs sozialversicherungspflichtig Beschäftigter schafft allerdings neue Fehlanreize. Angesichts des immer noch restriktiven Tarifrechts und der bestehenden Rigiditäten am Arbeitsmarkt kann es kaum überraschen, dass in manchen Branchen Minijobs als willkommenes Instrument zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Senkung der Arbeitskosten genutzt werden. Teilweise wurden durch subventionierte Minijobs wohl sogar sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt, so dass die Neuregelung der Minijobs die Probleme der Sozialversicherungssysteme eher verschärft hat.

Reformmaßnahmen zur Stärkung der Wachstumskräfte brauchen, wie auch die Institute betonen, einige Zeit, bis sie ihre Wirkung entfalten. Erfahrungen anderer Länder wie Irland, Finnland oder Großbritannien zeigen aber, dass bei einer entsprechenden Politik eine Wachstumsschwäche durchaus während eines überschaubaren Zeitraums überwunden werden kann. Optimistisch stimmen auch die Erfahrungen in Westdeutschland in den achtziger Jahren. Sie zeigen, dass durch eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, verbunden mit Steuersenkungen und einer sinkenden Staatsquote, im Zusammenwirken mit einer moderaten Lohnpolitik durchaus eine Verstärkung des Wachstumstrends und ein spürbarer Anstieg der Beschäftigung erreicht werden kann.